



Aktuelle Informationen aus Brüssel

Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Nr. 04/09 vom 28.04.2009

I.	Schengen-Konferenz am 23.04.2009.....	2
II.	Aus den Fachbereichen.....	3
1.	Justiz	3
1.1.	Kommission: Empfehlung zur europäischen Patentgerichtsbarkeit.....	3
1.2.	Kommission: Europäische Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie	3
1.3.	Kommission: Grünbuch zur „Brüssel I Verordnung“	3
1.4.	Kommission: Vorschlag über eine Richtlinie zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs	3
1.5.	Rat: Rahmenbeschluss zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren	4
1.6.	EP: Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft.....	4
1.7.	Veröffentlichungen im Amtsblatt der EU.....	4
1.8.	EuGH: Urteil zur Ordre public-Klausel nach Brüsseler Übereinkommen.....	5
1.9.	EuGH: Urteil zum Anwendungsbereich der Brüssel II-Verordnung	5
2.	Polizei und Katastrophenschutz	5
2.1.	Kommission: Mitteilung über den Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen	5
2.2.	Kommission: Aktualisierung der Schwarzen Liste von Luftfahrtunternehmen.....	6
2.3.	Rat: Europol – Beschluss und neuer Direktor.....	6
2.4.	SIRENE- Büro	6
2.5.	Rahmenbeschlüsse zu Bekämpfung des Menschenhandels und der Kinderpornografie	6
3.	Inneres.....	6
3.1.	Rahmenrichtlinie Arbeitnehmerrechte	6
3.2.	Keine Einigung zur Arbeitszeitrictlinie in Sicht.....	7
3.3.	Vergaberechtliche Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen Deutschland.....	7
3.4.	European eGovernment Awards 2009	8
3.5.	Neues Internetangebot der EU für eine funktionierende Integration	8
4.	Wirtschaft.....	8
4.1.	EFRE unterstützt zukünftig Energieeffizienz im Wohnungsbau	8
4.2.	Roamingpreise für SMS, Anrufe und Datendienste sinken ab 1. Juli.....	8
4.3.	Auftragseingänge in der Eurozone um 0,6% gefallen	8
4.4.	Wissenschaft jenseits der Vorstellungen: Europa stellt Strategie für risikoreiche IKT-Forschung vor.....	9
5.	Regionalpolitik	9
5.1.	Diskussionspapier zu Zukunft der Regionalpolitik vorgestellt (Barca-Bericht).....	9
6.	Verkehr	9

6.1.	EP will ein europäisches Schienennetz für den Güterverkehr.....	9
6.2.	EP stimmt für Richtlinie zur Einführung intelligenter Verkehrssysteme	10
6.3.	Parlament verabschiedet Straßenverkehrspaket.....	10
6.4.	Kommission eröffnet Konsultation zu Fahrertraining und Verkehrssicherheitserziehung	10
7.	Energie	10
7.1.	Ökodesign: Kommission verabschiedet neue Bestimmungen für externe Netzteile	10
7.2.	Parlamentsausschuss lehnt neues Energielabel ab	10
7.3.	Energieeffizienz von Gebäuden	11
8.	Verbraucherschutz	11
8.1.	Laut RAPEX- Jahresbericht wurden 2008 mehr gefährliche Produkte gemeldet	11
9.	Bildung und Jugend.....	12
9.1.	Radjojo unterstützt die Global Action Week on Education.....	12
10.	Land- und Forstwirtschaft	12
10.1.	Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen – Bericht der EU Kommission.....	12
10.2.	Benachteiligte Gebiete	12
10.3.	Wenig Transparenz in Deutschland.....	13
11.	Umwelt- und Naturschutz	13
11.1.	Weißbuch zur Anpassung an den Klimawandel erschienen.....	13
11.2.	Europäische Umweltagentur: Rückgang des Kohlendioxid-Ausstoß in 2008.....	13
11.3.	EU-Klimapaket endgültig verabschiedet.....	13
12.	Verschiedenes.....	14
12.1.	EU- Profiler: Hilfe bei der Wahl.....	14
12.2.	Europäische Radtour von Brüssel bis Polen	14

I. Schengen-Konferenz am 23.04.2009

Am 23.04.09 fand im Europäischen Parlament in Brüssel ein Symposium der deutsch-polnischen Grenzregion zum „1. Jahrestag der Erweiterung des Schengenraumes: Bilanz und Perspektiven“ statt. Die Veranstaltung wurde von der Landesvertretung Brandenburg in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen, den Vertretungen Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsens und Berlins sowie den Brüsseler Regionalbüros der Wojewodschaften Westpommern, Lebusener Land, Niederschlesien und Großpolen organisiert. Unter den rund 120 Teilnehmern waren u. a. Vertreter der Kommission, des Europäischen Parlaments, des Ausschusses der Regionen und der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU. Höchstrangiger Redner auf deutscher Seite war der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, MdB Peter Altmaier. Von polnischer Seite haben u.a. die Marschälle von Westpommern und Lebusener Land sowie die Wojewoden von Niederschlesien und Lebusener Land teilgenommen. Ziel der Veranstaltung war v.a. ein Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Grenzregionen, die zeitgleich dem Schengenraum beigetreten waren sowie eine stärkere Vernetzung der deutschen und polnischen Regionalbüros in Brüssel. Aus Brandenburg haben aus dem Innenministerium Staatssekretär Hans-Jürgen Hohnen und Abteilungsleiter Jürgen Storbeck (ehem. Europol-Direktor) teilgenommen. Die Moderation wurde vom Chefredakteur der Märkischen Oderzeitung, Herrn Mangelsdorf, übernommen.

(Ulrike Kieper)

II. Aus den Fachbereichen

1. Justiz

1.1. Kommission: Empfehlung zur europäischen Patentgerichtsbarkeit

Die Europäische Kommission hat Ende März eine Empfehlung an den Rat für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Patentgerichtssystems veröffentlicht. Die Empfehlung der Kommission enthält vor allem einen Entwurf für ein Mandat zur Verhandlung eines internationalen Übereinkommens der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten mit Drittstaaten nach Art. 300 Abs. 1 EGV zur Errichtung eines europäischen Patentgerichts. Dieses soll dann sowohl für Fragen des europäischen als auch für Streitigkeiten in Bezug auf ein noch zu schaffendes Gemeinschaftspatent zuständig sein.

Mehr unter: http://ec.europa.eu/internal_market/indprop/docs/patent/recommendation_sec09-330_en.pdf

(Kirsten Pasedag)

1.2. Kommission: Europäische Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie

Anlässlich der zweiten „Konferenz auf höchster Ebene über Nachahmungen und Produktpiraterie“ wurde am 2. April 2009 die Einrichtung der Europäischen Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie bekannt geben. Ziel ist – im Wege einer verstärkten EU-weiten Zusammenarbeit – gegen Produktfälschungen, illegales Herunterladen von Dateien und andere Verletzungen der Rechte des geistigen Eigentums vorzugehen.

Pressemitteilung

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/497&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weitere Informationen unter: http://ec.europa.eu/internal_market/ipenforcement/index_en.htm

(Kirsten Pasedag)

1.3. Kommission: Grünbuch zur „Brüssel I Verordnung“

Am 21. April 2009 hat die Europäische Kommission einen Bericht und ein Grünbuch über die Anwendung der Vorschriften für die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen angenommen. Das Grünbuch ergänzt den Bericht der Kommission über die Anwendung der Verordnung und dient als Grundlage für eine umfassende Konsultation, die zur Überarbeitung der Verordnung Brüssel I zum Jahresende beitragen soll. Dies betrifft insbesondere Fragen zur Abschaffung aller für die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen erforderlichen Zwischenmaßnahmen („Exequaturverfahren“), zur Funktionsweise der Verordnung im internationalen Rechtssystem, zu Gerichtsstandsvereinbarungen, zum Gewerblichen Rechtsschutz, zur Rechtshängigkeit und im Zusammenhang stehende Verfahren, zu Einstweiligen Maßnahmen, zum Verhältnis zwischen Verordnung und Schiedsgerichtsbarkeit, zum Anwendungsbereich, zur Zuständigkeit und zur Anerkennung und Vollstreckung. Die Konsultation endet am 30. Juni 2009.

Grünbuch: http://ec.europa.eu/civiljustice/news/docs/green_paper_judgements_de.pdf

Bericht der Kommission: http://ec.europa.eu/civiljustice/news/docs/report_judgements_de.pdf

Pressemitteilung:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/606&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Kirsten Pasedag)

1.4. Kommission: Vorschlag über eine Richtlinie zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs

Am 8. April 2009 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag über eine Richtlinie zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs im Geschäftsverkehr veröffentlicht, der zu einer Neufassung der

bereits bestehenden Richtlinie 2000/35/EG führen soll. Hierdurch sollen die Wirksamkeit und Effizienz von Maßnahmen gegen Zahlungsverzug dadurch erhöht werden, dass ein Anspruch auf Beibehaltung von Verwaltungskosten und Entschädigung für die aufgrund des Zahlungsverzugs entstandenen internen Kosten eingeführt wird. Im Hinblick auf öffentliche Verwaltungen zielt der Vorschlag darauf ab, die Zahlungsfristen zu verkürzen, indem die Fristen für die Zahlungen von öffentlichen Stellen an Unternehmen angeglichen werden, sowie die Abschreckungsmittel gegenüber verspäteten Zahlungen zu verstärken, indem eine pauschale Entschädigung von 5 % des Rechnungsbetrags, die zusätzlich zu den Verzugszinsen und der Entschädigung für die Beibehaltungskosten ab dem ersten Tag des Verzugs zu zahlen ist, eingeführt wird. Außerdem wird die Möglichkeit abgeschafft, auf Zinszahlungen von weniger als 5 EUR zu verzichten.

Vorschlag: http://ec.europa.eu/enterprise/regulation/late_payments/doc/8_april_2009/act_de.pdf

Bisherige Richtlinie:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2000:200:0035:0038:DE:PDF>

(Kirsten Pasedag)

1.5. Rat: Rahmenbeschluss zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren

Der im Januar 2009 veröffentlichte Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren wurde bereits am 27. Februar 2009 auf dem Rat der Justizminister vorgestellt (siehe auch Bericht 02/09). Auf dem Rat der Justiz- und Innenminister am 6. April konnte nunmehr eine allgemeine Ausrichtung erzielt werden. Die Stellungnahme des Europäischen Parlaments bleibt abzuwarten. Aufgrund der Überarbeitungen des Beschlussvorschlages und der möglichen 3-Monatsfrist ist eine Befassung im Mai-Plenum eher unwahrscheinlich. Mit diesem Vorschlag soll insbesondere die Zusammenarbeit und der direkten Kontakt der Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten gefördert werden. Beratungsergebnisse des Rates unter: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08338.de09.pdf>

(Kirsten Pasedag)

1.6. EP: Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft

Am 02.04.09 hat das Europäische Parlament die Legislative Entschließung zu dem Entwurf eines Rahmenbeschlusses des Rates über die Anwendung – zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union – des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Entscheidungen über Überwachungsmaßnahmen als Alternative zur Untersuchungshaft angenommen. Mehr unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2009-0199&language=DE&ring=A6-2009-0147>

(Kirsten Pasedag)

1.7. Veröffentlichungen im Amtsblatt der EU

Im Justizbereich wurden folgende Vorhaben im Amtsblatt der EU veröffentlicht:

- 27. März 2009: Rahmenbeschluss zur Stärkung der Verfahrensrechte und der gegenseitigen Anerkennung und Vollstreckung von Abwesenheitsurteilen

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:081:0024:0036:DE:PDF>

- 31. März 2009: Aktionsplan zur europäischen E-Justiz (s. Nr. 11/08)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:075:0001:0012:DE:PDF>

- 7. April 2009: Verordnung zur Änderung der Anhänge I, II, III und IV der Brüssel I-Verordnung)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:093:0013:0019:DE:PDF>

- 7. April 2009: der Rahmenbeschluss über die Durchführung und den Inhalt des Austauschs von Informationen aus dem Strafregister zwischen den Mitgliedstaaten

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:093:0023:0032:DE:PDF>

- 7. April 2009: der Beschluss zur Einrichtung des EU-Strafregisterinformationssystems (ECRIS), nachdem dieser beim JI- Rat am 6. April als A- Punkt angenommen wurde.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:093:0033:0048:DE:PDF>

(Kirsten Pasedag)

1.8. EuGH: Urteil zur Ordre public-Klausel nach Brüsseler Übereinkommen

Am 2. April 2009 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in der Rechtssache C-394/07 über das Vorabentscheidungsersuchen zur Auslegung des Übereinkommens vom 27. September 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen. (Brüsseler Übereinkommen). Danach darf das Vollstreckungsgericht des ersuchten Staates den Umstand, dass das Gericht des Urteilsstaats über die Anträge des Klägers ohne Anhörung des Beklagten entschieden hat, im Hinblick auf die Ordre- public- Klausel des Art. 27 Nr. 1 berücksichtigen, wenn es beim Abschluss einer Gesamtwürdigung des Verfahrens und in Anbetracht sämtlicher Umstände zu dem Ergebnis gelangt, dass diese Ausschlussmaßnahme eine offensichtliche und unverhältnismäßige Beeinträchtigung des Anspruchs des Beklagten auf rechtliches Gehör dargestellt hat.

Rechtssache C-394/07: <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnore>
(Kirsten Pasedag)

1.9. EuGH: Urteil zum Anwendungsbereich der Brüssel II-Verordnung

Am 2. April entschied der EuGH in der Rechtssache C-523/07 über das Vorabentscheidungsersuchen zur Auslegung der Verordnung des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung. Im Ergebnis ist Art.1 Abs.1 der Verordnung dahin auszulegen, dass eine Entscheidung, die die sofortige Inobhutnahme und die Unterbringung eines Kindes außerhalb der eigenen Familie anordnet, unter den Begriff „Zivilsachen“ im Sinne dieser Bestimmung fällt, wenn die Entscheidung im Rahmen des dem öffentlichen Recht unterliegenden Kindeschutzes ergangen ist. Der Begriff „gewöhnlicher Aufenthalt“ im Sinne von Art. 8 Abs. 1 der Verordnung ist dahin auszulegen, dass darunter der Ort zu verstehen ist, der Ausdruck einer gewissen sozialen und familiären Integration des Kindes ist. Hierfür sind insbesondere die Dauer, die Regelmäßigkeit und die Umstände des Aufenthalts in einem Mitgliedstaat sowie die Gründe für diesen Aufenthalt und den Umzug der Familie in diesen Staat, die Staatsangehörigkeit des Kindes, Ort und Umstände der Einschulung, die Sprachkenntnisse sowie die familiären und sozialen Bindungen des Kindes in dem betreffenden Staat zu berücksichtigen. Es ist Sache des nationalen Gerichts, unter Berücksichtigung aller tatsächlichen Umstände des Einzelfalls den gewöhnlichen Aufenthalt des Kindes festzustellen.

Rechtssache C-523/07: <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docsom=docsom&docinf=docinf&alldocnore>
(Kirsten Pasedag)

2. Polizei und Katastrophenschutz

2.1. Kommission: Mitteilung über den Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen

Am 30. März 2009 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung über den Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen „Schutz Europas vor Cyber-Angriffen und Störungen großen Ausmaßes: Stärkung der Abwehrbereitschaft, Sicherheit und Stabilität“ herausgegeben. Gemäß dem Wortlaut der Mitteilung "konzentriert sich diese auf die Aspekte Prävention, Abwehrbereitschaft und Problembewusstsein und enthält einen Plan für Sofortmaßnahmen zur Stärkung der Sicherheit und Robustheit der kritische Informationsinfrastrukturen. Die Kommission wies bereits 2005 auf die dringende Notwendigkeit hin, die Bemühungen um ein stärkeres Vertrauen der Beteiligten in die elektronische Kommunikation und die dazugehörigen Dienste zu koordinieren. Zu diesem Zweck wurde 2006 eine Strategie für eine sichere Informationsgesellschaft beschlossen. Ihre wichtigsten Ele-

mente, darunter die Sicherheit und Robustheit von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)-Infrastrukturen, wurden in der Entschließung des Rates 2007/068/01 gebilligt. Mehr unter: http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfi nal&an_doc=2006&nu_doc=251).

Pressemitteilung:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/494&format=HTML&aged=0&lang uage=DE&guiLanguage=en>

Folgenabschätzung: http://ec.europa.eu/information_society/policy/nis/docs/comm_ciip/ia_de.pdf .
(Kirsten Pasedag)

2.2. Kommission: Aktualisierung der Schwarzen Liste von Luftfahrtunternehmen

Am 08. April 2009 hat die Kommission die neueste Fassung der sog. Schwarzen Liste von Luftfahrtunternehmen verabschiedet, für die aufgrund von Sicherheitsbedenken in Europa ein Flugverbot gilt. Mehr unter: http://ec.europa.eu/transport/air-ban/pdf/list_de.pdf
(Kirsten Pasedag)

2.3. Rat: Europol – Beschluss und neuer Direktor

Auf dem Rat der Justiz- und Innenminister konnte am 6. April nun endlich der Rahmenbeschluss zur Einrichtung des Europäischen Polizeiamtes Europol als A- Punkt, d. h. ohne weitere Aussprache, angenommen werden. Darüber hinaus wurde Herr Robert WAINWRIGHT (Vereinigtes Königreich) für vier Jahre zum neuen Direktor von Europol ernannt. Europol-Beschluss: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/08/st08/st08706.de08.pdf>
(Kirsten Pasedag)

2.4. SIRENE- Büro

Ebenfalls als A- Punkt wurden am 6. April auf dem Rat der Justiz- und Innenminister die Schlussfolgerung zu der Entwicklung der SIRENE- Büros mit dem Schwerpunkt der gestiegene Arbeitsbelastung und Personalausstattung angenommen. Mehr unter: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08107.de09.pdf>
(Kirsten Pasedag)

2.5. Rahmenbeschlüsse zu Bekämpfung des Menschenhandels und der Kinderpornografie

Nachdem die Europäische Kommission am 25. März 2009 zwei Vorschläge für neue Vorschriften zur verstärkten Bekämpfung von Menschenhandel, sexuellem Missbrauch von Kindern, sexueller Ausbeutung und Kinderpornografie verabschiedet hatte, wurden diese nunmehr am 06.04.09 auf dem Rat der Justiz- und Innenminister mit dem Ziel eines ersten Gedankenaustauschs vorgestellt. Mehr unter: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2009/com2009_0136de01.pdf und http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2009/com2009_0135de01.pdf .
(Kirsten Pasedag)

3. Inneres

3.1. Rahmenrichtlinie Arbeitnehmerrechte

Auf ihrer Tagung am 6. April 2009 in Luxemburg haben die Innen- und Justizminister der EU die Rahmenrichtlinie Arbeitnehmerrechte erörtert. Die Kommission hatte im Oktober 2007 einen Richtlinienvorschlag vorgelegt (<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st14/st14491.de07.pdf>), der darauf abzielt, Arbeitnehmern aus Drittstaaten, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, gemeinsame Rechte zukommen zu lassen und ein einheitliches Antragsverfahren für die Ertei-

lung einer kombinierten Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis einzuführen (sog. „one-stop-government“).

In der Sitzung des strategischen Ausschusses vom 26./27. März 2009 hat der tschechische Vorsitz sodann zum Geltungsbereich der Entwurfs folgende Optionen vorgestellt:

Option 1: Geltungsbereich so, wie von der Kommission vorgeschlagen
(von der Mehrheit der Delegationen befürwortet)

Option 2: Geltungsbereich beschränkt auf Inhaber eines auf der Grundlage des einheitlichen Antragsverfahrens ausgestellten Aufenthaltstitels (von einer Minderheit befürwortet)

Auf der Grundlage der Beratungen des strategischen Ausschusses hat der tschechische Vorsitz einen Kompromissentwurf erarbeitet: Danach bleibt der Geltungsbereich des Vorschlags auf Inhaber einer kombinierten Erlaubnis beschränkt, den Mitgliedstaaten wird aber ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt, Vorschriften zu erlassen, mit denen der Geltungsbereich auf weitere Drittstaatsangehörige ausgedehnt werden kann.

Die Beratungen der Justiz- und Innenminister hierüber blieben in Luxemburg ohne konkrete Ergebnisse. Einigkeit bestand lediglich darin, die Beratungen fortzusetzen.

Die deutsche Delegation stellte klar, unter kompetenzrechtlichen Gesichtspunkten sei bei Regelungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik besondere Zurückhaltung der EG geboten. Dem vorliegenden Kompromissvorschlag könne im Interesse einer Einigung zugestimmt werden, nicht aber einer weitergehenden Regelung, welche die Anwendung der Richtlinie auf sämtliche drittstaatsangehörigen Arbeitnehmer vorsehe.

(Roland Stevener)

3.2. Keine Einigung zur Arbeitszeitrichtlinie in Sicht

Das Europäische Parlament und der Rat haben sich noch nicht auf einen Kompromiss zur Arbeitszeitrichtlinie einigen können. Das Europäische Parlament lehnte in den bisherigen Trilog-Gesprächen im Rahmen des Vermittlungsverfahrens die Position des Rates ab, unter bestimmten Voraussetzungen die Wochenarbeitszeit auf bis zu 65 Stunden auszuweiten. Einige Mitgliedstaaten, darunter Großbritannien und Deutschland, wollen an den derzeit bestehenden Ausnahmeregelungen (= sog. „Opt-out“) festhalten. Das Europäische Parlament und andere Mitgliedstaaten (u.a. Österreich) plädieren demgegenüber für ein Auslaufen dieser Regelung. Strittig ist des Weiteren die Frage, ob der inaktive Teil des Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit gilt. Der Rat spricht sich dagegen aus, das Europäische Parlament dafür.

Sollte eine Einigung nicht erzielt werden können - das offizielle Vermittlungsverfahren zwischen Europäischem Parlament und Rat endet bereits am 28. Mai 2009 (nach Redaktionsschluss) -, gilt die derzeit bestehende Arbeitszeitrichtlinie aus 2003 fort. Dies könnte die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren zur Konsequenz haben, da gerade beim Bereitschaftsdienst zahlreiche Mitgliedstaaten gegen die bestehende Richtlinie verstoßen.

(Roland Stevener)

3.3. Vergaberechtliche Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen Deutschland

Wegen der Vergabe öffentlicher Aufträge hat die EU-Kommission in zwei Fällen mit Gründen versehene Stellungnahmen, der zweiten Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens gem. Art. 226 EG-Vertrag, an die Bundesrepublik Deutschland gerichtet. Es handelt sich zum Einen um die ausschreibungsfreie Vergabe eines Abwasserentsorgungsvertrages zwischen der Stadt Hamm und dem (durch Gesetz errichteten) Zweckverband „Lippeverband“, dem die Stadt Hamm die Aufgabe der Abwasserentsorgung übertragen hat. Die zweite Beanstandung betrifft die Vergabe von öffentlichen Aufträgen über Rechtsinformationsdienste durch den Bund und mehrere Bundesländer.

Erhält die Kommission nunmehr binnen einer Frist von zwei Monaten keine zufriedenstellende Antwort, so kann sie den EuGH anrufen.

Nähere Informationen können den Pressemitteilungen der EU-Kommission entnommen werden:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/574&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (Hamm) sowie

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/580&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> (Rechtsinformationsdienste)

(Roland Stevener)

3.4. European eGovernment Awards 2009

Bis zum 10. Juni 2009 können sich öffentliche Einrichtungen und Behörden aus den EU-Mitgliedsstaaten zur Teilnahme an den vierten European eGovernment Awards bewerben. Es winken Preise für besonders innovative und effiziente eGovernment-Dienstleistungen.

Nähere Informationen und Bewerbungsunterlagen sind unter www.epractice.eu/call2009 abrufbar.

(Roland Stevener)

3.5. Neues Internetangebot der EU für eine funktionierende Integration

Zwei neue Internetplattformen sollen die Integration von Drittstaatsangehörigen in der EU erleichtern: Ein „europäisches Integrationsforum“, das in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisiert wird und in dem sich EU-Institutionen und interessierte Kreise über Integrationsfragen austauschen können, sowie eine interaktive „Europäische Webseite für Integration“ (www.integration.eu), auf der Informationen über Integration per Mausklick abrufbar sind und die einen Beitrag zur Vernetzung der Akteure der Integrationsarbeit leisten kann.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 20. April 2009 ist abrufbar unter folgendem Link:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/593&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Roland Stevener)

4. Wirtschaft

4.1. EFRE unterstützt zukünftig Energieeffizienz im Wohnungsbau

Das Europäische Parlament hat am 2. April beschlossen, dass EU-Strukturfondsmittel zukünftig auch in Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Wohnungsbau investiert werden dürfen. Der Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kann somit auch bei der Installation von Doppelverglasungen, Fassadendämmungen und Sonnenkollektoren für Wohngebäude oder beim Austausch alter Warmwasserboiler durch neue energiesparende Geräte genutzt werden. Es dürfen max. 4% des EFRE-Budgets dafür verwendet werden. Der aktuellen Stand ist mit dem Ministerrat abgestimmt, so dass das Gesetzgebungsverfahren in Erster Lesung abgeschlossen werden kann. 629 Abgeordnete stimmten für die Verordnung, 17 dagegen, 12 enthielten sich der Stimme.

(Ellen Kray)

4.2. Roamingpreise für SMS, Anrufe und Datendienste sinken ab 1. Juli

Das Europäische Parlament hat am 22. April den Vorschlag der Europäischen Kommission für die Senkung der Roamingpreise für SMS, Anrufe und Datendienste in der EU unterstützt. Ab 1. Juli wird, zum Beispiel, die Preisobergrenze für einen im Ausland gesendeten SMS von heute 0,28€ auf 0,11€ fallen. Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/620&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming

(Emilie Gaub)

4.3. Auftragseingänge in der Eurozone um 0,6% gefallen

In der Eurozone ist der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Februar 2009 gegenüber dem Vormonat um 0,6% gefallen. Im Vergleich zum Februar 2008 betrug der Rückgang 34,9%.

Allerdings ist dieser Rückgang weniger stark im Februar, da diese Auftragseingänge im Januar 2009 um 2% abgenommen hatten. Weitere Informationen sind zu finden unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/57&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Emilie Gaub)

4.4. Wissenschaft jenseits der Vorstellungen: Europa stellt Strategie für risikoreiche IKT-Forschung vor

Die Europäische Kommission hat am 21. April ihren neuen Plan zur Förderung der visionären und risikoreichen IKT-Forschung vorgelegt. Diese Strategie zielt darauf ab, Europa den Federführer in der Welt in diesem Bereich zu machen. Die Kommission schlägt vor, die Investitionen auf nationaler und europäischer Ebene bis 2015 zu verdoppeln. Weitere Informationen sind zu finden unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/608&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Emilie Gaub)

5. Regionalpolitik

5.1. Diskussionspapier zu Zukunft der Regionalpolitik vorgestellt (Barca-Bericht)

Am 27.04.09 wurde der "Barca-Bericht" vorgestellt. Hierbei handelt es sich um einen unabhängigen Bericht, der von Herrn Dr. Fabrizio Barca (Wirtschafts- und Finanzministerium, Italien) unter Einbeziehung internationaler Experten im Auftrag von Frau Kommissarin Hübner (Regionalpolitik) erarbeitet wurde. Der Bericht zielt darauf ab, die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik zu untersuchen. Darüber hinaus enthält er eine Vielzahl von Vorschlägen, wie eine zukünftige Neuausrichtung der Kohäsionspolitik für den Zeitraum nach 2013 erfolgen könnte. Der Bericht diskutiert die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen einer EU-basierten Entwicklungspolitik und nimmt eine Bewertung der bisher erzielten Ergebnisse der EU-Kohäsionspolitik vor. Darüber hinaus benennt er eine begrenzte Anzahl von Kernprioritäten, auf die sich die Kohäsionspolitik konzentrieren soll. Schließlich legt er Empfehlungen zur Reform des Umsetzungssystems der Kohäsionspolitik vor. Der Bericht ist ein unabhängiges Positionspapier, das nicht die Meinung der EU-KOM vertritt, aber die Grundlage für die weitere, vertiefende Diskussion zwischen der EU-KOM und den Mitgliedstaaten bilden wird. Es wird davon ausgegangen, dass die Diskussion kontrovers geführt wird. Dies ist beabsichtigt, denn bevor die finanzpolitischen Aspekte finalisiert werden, soll die Diskussion zur Zukunft der Kohäsionspolitik inhaltlich gestaltet werden. Weitere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/regional_policy/policy/future/barca_de.htm

(Birgit Urban)

6. Verkehr

6.1. EP will ein europäisches Schienennetz für den Güterverkehr

Das Europäische Parlament hat in Erster Lesung über eine neue Verordnung abgestimmt, die Regeln für ein europäisches Schienennetz in Form von grenzübergreifenden Korridoren zwischen mindestens zwei Ländern für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr festlegt. Im Rat ist dieser Verordnungsentwurf noch strittig. Mehr zur EP-Abstimmung unter:

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20090422IPR54189/20090422IPR54189_de.pdf

(Ellen Kray)

6.2. EP stimmt für Richtlinie zur Einführung intelligenter Verkehrssysteme

Mit 526 Stimmen bei 42 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen hat am 23. April das Europäische Parlament für den Bericht zur Richtlinie "zur Festlegung eines Rahmens für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme (IVS) im Straßenverkehr" gestimmt. Die Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, für eine koordinierte Entwicklung und einen koordinierten Einsatz von IVS- Anwendungen und -Diensten zu sorgen, indem sie u.a. Effektivität, Kostenwirksamkeit, geografische Kontinuität und Interoperabilität berücksichtigen. Intelligente Verkehrssysteme sind Anwendungen, die zur Unterstützung des Straßenverkehrs Informations- und Kommunikationstechnologien eingesetzt werden und unterschiedlichen Nutzern, darunter Reisenden, Nutzern und Betreibern der Straßenverkehrsinfrastruktur, Flottenmanagern und Betreibern von Notdiensten, innovative Dienstleistungen zur Verfügung stellen.

(Ellen Kray)

6.3. Parlament verabschiedet Straßenverkehrspaket

Das Europäische Parlament hat auch das "Straßenverkehrspaket" verabschiedet. Das Paket besteht aus insgesamt drei Verordnungen:

1. Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs mit der Regelung zur die Kabotage, d.h. der Erbringung von Dienstleistungen durch einen Verkehrsunternehmer in einem Mitgliedstaat, in dem er nicht niedergelassen ist.
2. Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrs (z. B. Harmonisierung der Dokumente, Ruhezeiten von Busfahrern).
3. Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers.

Mehr unter: http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-54168-111-04-17-910-20090422IPR54167-21-04-2009-2009-false/default_de.htm

(Ellen Kray)

6.4. Kommission eröffnet Konsultation zu Fahrertraining und Verkehrssicherheitserziehung

Die EU-Kommission hat am 22.04. eine Internetkonsultation zu Fragen des Fahrertraining und der Verkehrssicherheitserziehung eröffnet. Die Ergebnisse sollen in das nächste europäische Aktionsprogramm zur Straßenverkehrssicherheit einfließen. Die Konsultation endet am 22.06. Mehr unter:

http://ec.europa.eu/transport/road_safety/consultations/2009_06_22_training_education_en.htm

(Ellen Kray)

7. Energie

7.1. Ökodesign: Kommission verabschiedet neue Bestimmungen für externe Netzteile

Die Kommission hat am 6. April eine neue Verordnung verabschiedet, die Energieeffizienz externer Netzteile für Niederspannungsverbraucher wie Haushalts- und Bürogeräte, Funk- und Schnurlostelefone, Notebooks oder Modems verbessern soll. Man rechnet mit einer Energieeinsparungen von 9 TWh und einer Verringerung der CO₂-Emissionen um mehr als 3 Mio. Tonnen. Die Anforderungen treten in zwei Schritten 2010 und 2011 in Kraft. Mehr unter:

http://ec.europa.eu/energy/efficiency/ecodesign/eco_design_en.htm

(Ellen Kray)

7.2. Parlamentsausschuss lehnt neues Energielabel ab

Der Industrieausschuss des EU-Parlaments (ITRE) hat einen Entwurf zur Ausweitung des Energielabels auf Fernseher und Haushaltsgeräte mit knapper Mehrheit abgelehnt. Die Kommission hatte

in Abstimmung mit den Mitgliedstaaten (im Regelungsausschuss für Ökodesign und Verbrauchskennzeichnung) vorgeschlagen, die bisherige Skala "A bis G" im Bereich „A“ zu unterteilen und somit den neuesten technischen Standard anzupassen. Die Parlamentarier des Ausschusses kritisierten diesen Vorschlag als unpraktisch und für die Kunden verwirrend. Sie forderten, die bisherige Skala "A bis G" beizubehalten und den aktuellen Verbrauchswerten anzupassen. Wenn das Plenum des Parlaments sich auf seiner Sitzung am 4.-7. Mai dem Votum des ITRE anschließt, wäre die Kommission aufgefordert, bis September einen neuen Vorschlag für eine Kennzeichnung vorzulegen.

Mehr zum Label unter: http://ec.europa.eu/enterprise/environment/sip/sip_a3_labelling_en.htm
(Ellen Kray)

7.3. Energieeffizienz von Gebäuden

Am 23.04. hat das Europäische Parlament in erster Lesung den Bericht der rumänischen Abgeordneten Silvia-Adriana Ticau (SPE) zur Novellierung der Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden verabschiedet. Die Neufassung der Richtlinie ist Kernstück des Energieeffizienzpaketes, das die Kommission im November 2008 verabschiedet hat. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen nach der neuen Verordnung bis zum 31.12.2018 sicherstellen, dass alle neu gebauten Gebäude so viel Energie erzeugen wie sie gleichzeitig verbrauchen, etwa mittels Sonnenkollektoren oder Wärmepumpen. Schon jetzt sollten die Mitgliedsstaaten nationale Pläne entwickeln, um die Zahl der "Netto-Nullenergiegebäude" zu erhöhen. Zudem sollen die Regierungen festlegen, wie hoch der Anteil der Null-Energiehäuser bei bestehenden Gebäuden für die Jahre 2015 bis 2020 sein soll. Hierbei sollen vor allem öffentliche Einrichtungen eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Mitgliedsstaaten sind darüber hinaus aufgefordert, nationale Ziele zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden finden. Dazu sollen sie bis zum 30.06.2011 nationale Pläne entwickeln. Das EP fügt dem Entwurf der Kommission neue Bestimmungen über die Finanzierung energieeffizienter Gebäude hinzu: So soll bis spätestens 2014 ein Energieeffizienz-Fonds eingerichtet werden, der private und öffentliche Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden unterstützt. Zudem sollen die Beihilfen zur Förderung der Energieeffizienz aus dem Fond für regionale Entwicklung "signifikant" angehoben werden. Das EP fordert die Kommission auf, eine gemeinsame Methode zur Berechnung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden bis zum 31. März 2010 zu erstellen. Um einen besseren Überblick zu gewährleisten, soll eine gemeinsame europäische Website mit allen geltenden Rechtsvorschriften eingerichtet werden.

(Ellen Kray)

8. Verbraucherschutz

8.1. Laut RAPEX- Jahresbericht wurden 2008 mehr gefährliche Produkte gemeldet

Die Zahl der in der EU vom Markt genommenen gefährlichen Verbraucherprodukte (ohne Lebensmittel) ist im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um 16 % gestiegen. Dies geht aus dem am 20. April vorgestellten Jahresbericht der Europäischen Kommission über das Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte (RAPEX) hervor. Mehr unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/594&type=HTML&aged=0&language=DE>

(Dr. Joachim Domeratzky)

9. Bildung und Jugend

9.1. Radijojo unterstützt die Global Action Week on Education

Radijojo World Children's Radio Network beteiligt sich an der Lesewoche der Global Campaign for Education: Radijojo präsentiert: BEEMAN, ein afrikanisch-europäisches Geschichten-Projekt, das ausschließlich von Kindern beider Kontinente erdacht und in allen Phasen realisiert wurde.

Radijojo ist ein deutscher Hörfunksender für Kinder. Radijojo wurde im August 2003 als gemeinnützige GmbH in Berlin gegründet. Der Grundgedanke ist es, ein nicht kommerzielles Radio für Kinder von 3 bis 13 Jahren zu gestalten. Zu empfangen ist Radijojo in Berlin und Brandenburg über DAB-Digitalradio und DVB-T (Kanal 59) sowie europaweit über Astra-Satellit. Mehr unter: <http://www.radijojo.de/>

(Ellen Kray)

10. Land- und Forstwirtschaft

10.1. Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Kulturen – Bericht der EU Kommission

Die Mitgliedstaaten sind in den letzten Jahren bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften zur Koexistenz vorangekommen, so die Feststellung der EU Kommission. Parallel zur Entwicklung des Rechtsrahmens erfolgte eine moderate Ausweitung der GVO- Anbaufläche. Derzeit spricht nichts dafür, von dem auf dem Subsidiaritätsprinzip basierenden Koexistenzkonzept abzuweichen. Die Kommission wird weiterhin mit den Mitgliedstaaten und Interessenträgern Empfehlungen für kulturspezifische technische Trennungsmaßnahmen ausarbeiten. Dies sind die wesentlichen Schlussfolgerungen des veröffentlichten zweiten Berichts der Europäischen Kommission über die Koexistenz von GVO- Kulturen mit dem konventionellen und dem ökologischen Landbau.

15 Mitgliedstaaten haben Koexistenzvorschriften erlassen, das sind elf mehr als im Jahr 2006, als der erste Bericht über die Koexistenz veröffentlicht wurde. Drei weitere Mitgliedstaaten haben der Kommission Entwürfe von Rechtsvorschriften übermittelt.

Die Koexistenzkonzepte der Mitgliedstaaten weichen in Bezug auf die Verwaltungsverfahren und die technischen Spezifikationen der Trennungsmaßnahmen voneinander ab. Diese Unterschiede spiegeln die regionalen Unterschiede bei den agronomischen, klimatischen und anderen Faktoren wider, die für die Wahrscheinlichkeit einer GVO- Vermischung mit anderen Kulturen entscheidend sind. Um die Effizienz einzelstaatlicher Koexistenzmaßnahmen weiter zu verbessern, erstellt das von der Kommission eingerichtete Europäische Büro für Koexistenz (ECoB) in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten kulturspezifische Dokumente über bewährte Praktiken.

Siehe auch: http://ec.europa.eu/agriculture/coexistence/index_en.htm

(Dr. Joachim Domeratzky)

10.2. Benachteiligte Gebiete

Die Europäische Kommission hat am 21. April eine Mitteilung angenommen, die den Weg zu einer neuen Einstufung von landwirtschaftlichen Gebieten mit naturbedingten Nachteilen bereiten soll. Mithilfe von Wissenschaftlern hat die Kommission acht Boden- und Klimakriterien als Grundlage für eine objektive und eindeutige Einstufung solcher Gebiete ermittelt. Mehr unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/609&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

(Dr. Joachim Domeratzky)

10.3. Wenig Transparenz in Deutschland

Deutschland droht wegen der Geheimhaltung der deutschen Empfänger der EU-Agrar-Milliarden ein Rechtsstreit mit der Europäischen Kommission. EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel forderte die Bundesregierung am 23. April auf, die Liste der Empfänger der Fördermittel wie vom EU-Recht gefordert bis 30. April zu veröffentlichen. Mehr unter: http://www.eiz-niedersachsen.de/19.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=8082&cHash=264e0ff607
(Ellen Kray)

11. Umwelt- und Naturschutz

11.1. Weißbuch zur Anpassung an den Klimawandel erschienen

Am 1. April hat die Europäische Kommission ihr lange angekündigtes ein Weißbuch über die Anpassung an die unausweichlichen Konsequenzen des Klimawandels veröffentlicht. Darin skizziert die Kommission die Folgen des Klimawandels für Europa und entwirft eine sektorübergreifende Gesamtstrategie zur Anpassung an den Klimawandel. Drei ebenfalls am 1. April erschienene sektorspezifische Diskussionspapiere der Kommission zu den Themen Landwirtschaft, Gesundheit sowie Wasser, Küsten und Meere ergänzen das Weißbuch. Mehr unter: http://ec.europa.eu/environment/climat/adaptation/index_en.htm
(Ellen Kray)

11.2. Europäische Umweltagentur: Rückgang des Kohlendioxid-Ausstoß in 2008

Anfang April wurden von der Europäischen Umweltagentur (EUA) erste, vorläufige Zahlen zum Kohlendioxid-Ausstoß innerhalb der EU veröffentlicht. Es wurden bis dahin die Daten von 80% der am Emissionshandel teilnehmenden Anlagen ausgewertet. Die Daten zeigen einen Rückgang der Emissionen im Jahr 2008 um 6% gegenüber 2007. Der Gesamt CO₂-Ausstoß belief sich auf rund 2 Mrd. Tonnen. Das Land mit dem höchsten CO₂- Ausstoß ist Polen mit allein 30.000 t. Die endgültigen Zahlen für 2008 sollen am 15. Mai veröffentlicht werden. Mehr unter: http://www.eea.europa.eu/highlights/a-first-glimpse-at-2008-emissions-trading-data?&utm_campaign=a-first-glimpse-at-2008-emissions-trading-data&utm_medium=email&utm_source=EEASubscriptions Die Daten 2005-08 und sektor- oder länderspezifischen Auswertungsblätter finden sich unter: <http://dataservice.eea.europa.eu/PivotApp/pivot.aspx?pivotid=473>
(Ellen Kray)

11.3. EU-Klimapaket endgültig verabschiedet

Im Januar 2008 wurde das umfangreiche „Energie- und Klimapaket“ von der EU-Kommission vorgelegt, im Europäischen Rat im Dezember 2008 einigte man sich auf die letzten strittigen Punkte, danach mit dem Parlament und nach der sprachjuristischen Überarbeitung der Texte wurde das Paket anlässlich nun auch formell beschlossen. Das Paket umfasst Regeln für verbindliche Absenkung des Treibhausgas-Ausstoßes um ein Fünftel bis 2020, die Zunahme des Anteils Erneuerbarer Energien auf 20%, den Einsatz von Biokraftstoffen, die CO₂-Abscheidung und Lagerung sowie zur Senkung des CO₂ Ausstoßes von Neuwagen bis 2015. Mehr unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/misc/107136.pdf und <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/628&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> Die sechs Rechtsakte treten 20 Tage nach der für Mai erwarteten Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.
(Ellen Kray)

12. Verschiedenes

12.1. EU- Profiler: Hilfe bei der Qual der Wahl

Das European University Institute (EUI) in Florenz hat sich mit den Wahlprogrammen von knapp 300 Parteien beschäftigt, die zur Europawahl antreten, um den Wählern einen Überblick über deren europapolitischen Ziele zu geben. Nach Beantwortung verschiedener Fragen gibt es am Ende eine Auswertung welche europäische Partei dem eigenen Standpunkt am nächsten ist. "So können die Bürger sehen, wo ihre politische Heimat liegt", sagt Professor Peter Mair vom EUI. Projektleiter Alexander Trechsel hofft auf mehr als zehn Millionen Nutzer: "Wir wissen von nationalen Versionen, dass Wähler ganz massiv darauf anspringen." Gegenwärtig fehlt jedoch noch die nationale Anpassung, d.h. die Partei, die am besten passt muss nicht vor Ort konkret wählbar sein. Auch der "Wahl- O- Mat" der Bundeszentrale für Politische Bildung wird angepasst "Es ist als Appetitanreger gedacht, der Lust macht auf mehr Politik", sagt Stephan Trinius, der die neueste Version für die Europawahl vorbereitet. Sie soll am 11. Mai auf bpb.de online gehen. Mehr unter: <http://www.in-online.de/artikel/2580409>, www.euprofiler.eu, <http://www.bpb.de/>
(Ellen Kray)

12.2. Europäische Radtour von Brüssel bis Polen

Am 27.04.09 startete eine 21tägige Radtour von Brüssel nach Polen. Unter dem Motto „Europa den Menschen näher bringen“ soll mit der Tour auf die Europawahlen vom 04. bis 07.06. aufmerksam gemacht werden. Zu diesem Zweck werden fünf Radfahrer die 1700km lange Strecke von Brüssel nach Gronowo zurück legen, auf den einzelnen Etappen und in verschiedenen Städten wie Aachen, Potsdam, Berlin oder Danzig begleiten sie weitere eifrige Radler. Zusätzliche Unterstützung erhalten sie von Europaabgeordneten und Kandidaten zum Europäischen Parlament sowie zahlreichen lokalen Politikern und Repräsentanten. Die Tour beginnt um 9 Uhr morgens auf dem Grand Place von Brüssel, wo die Teilnehmer von Bürgermeister Freddy Thielemans verabschiedet werden. Auf dem Place du Luxembourg werden außerdem Pat Cox, der Präsident der Internationalen Europäischen Bewegung, der Generalsekretär Gerhard Stahl des Ausschusses der Regionen und andere hochrangige Vertreter von Kommission und Parlament sprechen.
(Ulrike Kieper)